

Eübender Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Eübender Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis vierteljährlich 3.00, monatlich 1.00 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum 30 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 20 Pfg., auswärtsige Anzeigen 35 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer abgeben bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 253.

Sonnabend, den 27. Oktober 1917.

24. Jahrg.

Ein Weg zum Frieden.

Die Revolution ist der Friede — das war in den Stürmen des März der Glaube der russischen Arbeiter und Soldaten, die die Zarenmacht gebrochen haben. Das war auch die Hoffnung der kriegsgewalteten Völker Europas, die Russlands Befreiung jubelnd begrüßten. Seither ist ein halbes Jahr voll blutiger Kämpfe vergangen; ein halbes Jahr, in dem abermals Hunderttausende auf Schlachtfeldern, in Spitälern und Gefangenenerlagern gestorben und verdorben sind. Der Zar sitzt als Gefangener des russischen Volkes im fernen Sibirien; aber der blutige Krieg, an dessen Entfesselung er mitgeschuldig war, geht weiter. Das russische Volk hat sich von der Zarenherrschaft befreit; aber den Krieg, den der Zar ihm aufgezwungen, vermag es nicht zu beenden.

Der Friedenswille ist im russischen Volke so stark wie in allen Völkern. Der russische Soldat, der schon auf den Schlachtfeldern der Mandchurei gekämpft hatte, um dann nach wenigen Jahren friedlicher Arbeit abermals zu den Fahnen gerufen zu werden, abermals Jahre im Schützengraben zu verbringen, wünscht nichts so sehr als nach Hause zu gehen wie den Tag, an dem er die Uniform ablegen, in sein Dorf zurückkehren kann. Und der russische Soldat, der russische Bauer in Uniform, ist seit den Märztagen der Herr im russischen Reiche! Keine russische Regierung vermöchte sich auch nur einen Tag zu halten, wenn sie offen bekennen müßte, daß sie einen Frieden ablehnt, der kein Lebensinteresse Russlands verletzt, keines Volkes Freiheit gefährdet. An dem Tage, an dem sich die russische Regierung dem Friedenswillen des Volkes offen zu widersetzen wagte, würde es in Petersburg aussehen, wie es in den Maitagen ausgesehen hat, als Arbeiter und Soldaten die Führer des russischen Imperialismus, die Miljukow und Gutschkow aus Amt und Würden gejagt haben. Da wären gar bald die Maschinengewehre gegen den Winterpalast aufgeföhren und die Minister, die den Krieg zu verlängern wagten, müßten froh sein, in den Gefängnissen der Peter-Paul-Festung Schutz zu finden gegen den Zorn des Volkes. Aber vor der gefährlichen Notwendigkeit, sich offen zur Kriegsverlängerung zu bekennen, ist die russische Regierung bisher bewahrt geblieben. Sie kann den russischen Soldaten noch immer erzählen, daß sie den Frieden ehrlich wolle und nur der äußere Feind sie zur Fortsetzung des Krieges zwingt; daß der Friede nicht möglich sei, weil Deutschland einen großen, wertvollen Teil des russischen Staatsgebietes sich aneignen und ganze Völker ihrer Freiheit berauben wolle. Der russische Soldat glaubt das und wird das glauben, so lange Deutschland seine Friedensbedingungen nicht offen, nicht unzweideutig bekanntgibt. Er wird der Regierung, die den Krieg hinauszieht, vertrauen, so lange diese Regierung nicht gezwungen ist, vor den Augen des Volkes ein Friedensangebot abzulehnen, das offensichtlich kein Interesse Russlands, keinen Grundsat der Demokratie verletzt.

Wenn die Regierungen in Berlin und Wien glauben, daß Herr Tereschtschenko, der Minister des Aeußeren der russischen Bourgeoisie, mit den Kriegsverlängerern in London, Paris und Washington unter einer Decke spiele, so haben sie ein sehr einfaches Mittel, von dem Minister an das Volk, von dem reichen Zuckerfabrikanten, der Russlands auswärtige Geschäfte führt, an die kriegsmüden Soldaten zu appellieren. Dazu genügt es freilich nicht, bei Banketten oder in Parlamenten schöne Reden zu halten, die die russische Regierung mit ein paar Redensarten beantworten kann. Notwendig ist vielmehr ein förmliches öffentliches Friedensangebot, das die russische Regierung öffentlich mit Ja oder Nein beantworten muß. Es gibt keine russische Regierung, die sich auch nur sechs Stunden im Besitz der Macht behaupten könnte, wenn sie das Angebot eines Friedens, der des freien Russlands würdig ist, offen ablehnen wollte. Eine solche Regierung würde binnen wenigen Stunden vom Volkszorn hinweggefegt.

Man müßte also die russische Regierung in aller Form zu Friedensverhandlungen einladen, so daß ihr keine Wahl bliebe als die, die Verhandlungen anzunehmen oder abzulehnen. Schon als der Zar im Dezember 1916 das Friedensangebot der Mittelmächte zurückwies, waren die Volksmassen, die Soldaten zumal, darüber überaus erbittert; die Ablehnung jenes Friedensangebots hat nicht wenig dazu beigetragen, den Haß gegen den Zaratismus aufzustacheln, dem Nikolaus der Blutige wenige Monate später erlegen ist. Heute ist die Kriegsmüdigkeit des russischen Volkes viel größer, die Kraft der russischen Regierung viel kleiner als damals. Eine Einladung zu Friedensverhandlungen, die öffentlich gemacht wurde, öffentlich abzulehnen, wäre heute für jede russische Regierung eine verdammt schwere Sache.

Freilich, eine solche Einladung dürfte nicht nur an Russland allein, sie müßte zugleich an alle seine Verbündeten ergehen. Denn vom Sonderfrieden will in Russland niemand hören. Man fürchtet in Russland den Treubruch an den Verbündeten, deren wirtschaftliche Hilfe die russische Volkswirtschaft auch nach der Beendigung des Krieges brauchen wird. Und die russische Demokratie wird nicht ohne äußerste Not für einen Sonderfrieden eintreten, der den Monarchisten Mittelrusslands freie Hand gäbe gegen die Demokratien des Westens. Wollen wir also die russische Regierung zwingen,

vor den Augen ihres Volkes Farbe zu bekennen, so müssen wir nicht Russland allein, sondern alle seine Bundesgenossen zugleich zu sofortiger Eröffnung der Friedensverhandlungen einladen.

Eine solche Einladung müßte überdies anders aussehen als die vom Dezember. Sie müßte der russischen Regierung schon im voraus jeden Vorwand zur Ablehnung nehmen; müßte also ausdrücklich sagen, auf welcher Grundlage die Mittelmächte die Friedensverhandlungen führen wollen. Die Regierungen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns müßten also in dieser Einladung sagen, daß sie einen Frieden, ohne Annexionen und ohne Kontributionen zu schließen bereit seien, daß sie weder Ländererwerb noch eine Kriegsschadigung fordern, daß sie Belgien, Serbien, Rumänien weder förmlich annectieren noch mittelbar in einem Zustand wirtschaftlicher und militärischer Abhängigkeit erhalten wollen; daß sie endlich — ganz im Sinne der letzten Rede des Grafen Czernin — der Friedenskonferenz Vorschläge über die internationale Abrüstung und die Entscheidung aller Streitigkeiten durch obligatorische internationale Schiedsgerichte vorlegen wollen. Wir müßten die russische Regierung sehen, die es wagte, eine Einladung zu Friedensverhandlungen auf solcher Grundlage abzulehnen! Sie würde die revolutionären Arbeiter Petersburgs, die revolutionären Soldaten im Hinterlande und an der Front kennen lernen!

Gerade jetzt wäre die innere Lage Russlands einem solchen Friedensangebot sehr günstig. Durch die Verschönerung des Generals Kornilow ist die imperialistische Bourgeoisie bloßgestellt. Die Mehrheit der Arbeiter und ein großer Teil der Soldaten will nicht mehr dulden, daß die nationalistische Kadettenpartei, die dem verräterischen General zugehört hat, an der Regierung Russlands teilnimmt. Die revolutionären Parteien, die die Koalitionsregierung ablehnen, sind dank dem mißglückten Anschlag der Gegenrevolution erstarbt; in den Händen der revolutionären Arbeiter sind die Waffen geblieben, die die Regierung in Petersburg verteilen ließ, als die Regimenter Kornilows die Hauptstadt bedrohten. Freilich, gerade das Erkennen des linken Flügels der Demokratie hat das Kleinbürgertum eingeschüchtern, es wieder einmal in die Arme der Bourgeoisie gedrängt. An der Demokratischen Konferenz, die Anfang Oktober zusammentrat, nahmen neben den Vertretern der demokratischen Organisationen auch die Delegierten der Gemeindevertretungen teil, deren Zusammensetzung das Kleinbürgertum entscheidend beeinflusst.

Sturz des Kabinetts Boselli.

In Italien reißt die politische, wirtschaftliche und militärische Krise, in der sich das Land befindet, einer Katastrophe entgegen. Während von der Alpenmauer herab der Anprall deutscher und österreichischer Sturmtruppen die durch elf mörderische Angriffsschlachten geschwächte Widerstandskraft der Armeen Cadornas am Isonzo zermürdet, und in den Industriestädten Oberitaliens die gewalttätigen unterdrückten Hungerrevolten an jenes unterirdische Donnerrollen gemahnen, das die großen politischen Erdbeben ankündigt, ist in der römischen Deputiertenkammer der Schrei nach Frieden so laut geworden, daß die für den Krieg verantwortliche Regierung sich gezwungen sah, noch einmal alle Register ihrer Beredsamkeit in Betrieb zu setzen, um den drohenden Sturm zu beschwören. Es war allerdings vergeblich, denn das Ministerium Boselli ist gestürzt worden. Wir berichteten gestern über die Friedensrede, die der Sozialdemokrat Ferrri unter fürmischer, haupthaltender Beifall in der Kammer gehalten, in der er als Hauptinhalt des Friedens die Habgier der am Kriege interessierten Parteien und die Eroberungsgier Englands brandmarkte, dagegen den Friedenswillen der Mittelmächte, wie er in der Friedensresolution des deutschen Reichstages und in der Antwort auf die Papstnote seinen Ausdruck gefunden, hervorhob, und verlangte, daß nun auch die Alliierten wenigstens in gleicher Weise ihre Bereitschaft zu Verhandlungen erklären sollten. Die ablenkenden Redefloskeln des Ministerpräsidenten Boselli und des Finanzministers haben offenbar die gewünschte Wirkung nicht erzielt, denn am Freitag hat Sonnino selbst das Wort ergriffen. Ueber seine Rede wird berichtet:

Sonnino begründete in der Kammer die Verweigerung der Pässe für Stockholm, den Gewerkschaftskongress in Bern und den Studentenkongress in Bern, indem er erklärte, es handle sich bei diesen um Verhandlungen pazifistischer Parteien, die in Italien und den anderen verbündeten Ländern, wenn auch dort nur in viel geringerem Maße, ihre Sonderparteipolitik im Gegensatz zu den Regierungen durchzuführen suchten. Jede Einzelhandlung der Parteien müsse deshalb unterbleiben, damit die hohen Ziele, wofür Italien den Krieg begann, nicht gefährdet werden. Ueber die auswärtige Lage sprach, hob Sonnino die schweren inneren Schwierigkeiten Russlands hervor und sprach die Hoffnung aus, daß das russische Volk erkennen werde, daß das Heil der Freiheit untrennbar mit der Verteidigung gegen den äußeren Feind verknüpft sei. Sonnino

So war denn dank der Einschüchterung des Kleinbürgertums das Ergebnis der Konferenz eine neue Koalitionsregierung, in der die Bourgeoisie sehr stark, die Demokratie überraschend schwach vertreten ist. Aber gerade diese Tatsache steigert die Erbitterung des linken Flügels der Demokratie, dessen Selbstbewußtsein seit den Kornilow-Tagen gewaltig gestärkt ist. Viele Anzeichen weisen darauf hin, daß der Entscheidungskampf der revolutionären Demokratie gegen die Bourgeoisie und ihre kleinbürgerliche Gefolgschaft herannahet: im Petersburger Arbeiter- und Soldatenrat wurde statt des Menschewits Tschidje der Bolschewik Trotski zum Vorsitzenden gewählt; der Gesamtrossische Volkskongress der Arbeiter- und Soldatenparlamentarier ganz Russlands ein, der selbständig, ohne Heranziehung der Vertreter des Kleinbürgertums, über die Regierung Russlands entscheiden soll; auch die großen Ausstände auf den Eisenbahnen, im Kohlenbergbau und in der Papierindustrie bezeugen die tiefe Unzufriedenheit der russischen Arbeiterschaft. So sind die Beziehungen zwischen der revolutionären Demokratie und der von der Bourgeoisie geführten Regierung aufs höchste gespannt. Nun stelle man sich vor, daß in solcher Zeit die Mittelmächte der russischen Regierung ein annehmbares Friedensangebot machen; glaubt man wirklich, daß die Regierung es ablehnen, daß sie, wenn sie es ablehnt, sich gegen die Empörung der Arbeiter und Soldaten behaupten könnte?

Die Regierungen der Mittelmächte können also Russland zwingen, in Friedensverhandlungen einzutreten; und wenn sich Russland zu Friedensverhandlungen entschließt, werden sich Frankreich und Italien hüten, den Krieg fortzuführen. Friedensverhandlungen sind möglich, wenn die Regierungen der Mittelmächte nur wollen; wenn sie sich nur endlich entschließen, dem Gegner einen demokratischen Frieden anzubieten. Tun sie dies nicht, so kann man daraus nur schließen, daß sich die deutsche Reichsregierung noch immer nicht offen zu einem Frieden ohne Eroberungen und ohne Kriegsschadigungen zu bekennen; daß die Macht der alldeutschen Annexionisten im Reiche noch immer den Weg zum Frieden verrammelt. Diese Macht zu brechen ist die Aufgabe der deutschen Arbeiterklasse. Gelingt es ihr, Deutschland und Oesterreich zu bewegen, der russischen Demokratie die Hand zu bieten, dann werden sehen die russischen Arbeiter und Soldaten dafür sorgen, daß das große Russland dem deutschen Volke auch seine Hand entgegenstreckt.

erklärte: Die Alliierten geben ihre volle Zustimmung zu der Anerkennung des Rechtes der polnischen Nation auf die Einheit, Unabhängigkeit und Freiheit durch die russische Regierung bei Gelegenheit der Kosziusko-Feier. Das Heer und die Marine Englands, die gegenwärtig mit Hilfe Frankreichs und Englands reorganisiert wurden, würden sich bald den Alliierten anschließen.

Sonnino kam dann auf die Note des Papstes zu sprechen und erklärte sich mit ihrer allgemeinen Absicht für einverstanden: Ihre einzelnen Bedingungen aber löten ebenfalls wenig eine Grundlage für einen Meinungsaustrausch zwischen den Kriegführenden wie die Reden des Reichstagspräsidenten, des Staatssekretärs v. Kuhlmann oder des Grafen Czernin. Die Verhandlungen hätten nur eben dann Zweck, wenn die ihnen zugrundeliegenden Vorschläge die erwünschten Merkmale und Eigenschaften besäßen. Wenn die Zentralmächte hoffen, in Verhandlungen einzutreten zu können, ohne sich vorher durch die Befreiung von grundlegenden Bedingungen zu binden oder festzulegen, so tun sie das in der Hoffnung auf die Wirkung von Schwächung und Müdigkeit, die bei den Bevölkerungen der Alliierten durch die Nachricht von einem Beginn der Verhandlungen hervorgerufen würden. Dadurch würden sich die alliierten und demokratischen Regierungen in der Zwangslage befinden, selbst die härtesten Bedingungen anzunehmen, da es ihnen nicht möglich wäre, die öffentliche Meinung in ihren Ländern in die nötige Stimmung zu versetzen, die Feindseligkeiten wieder energisch aufzunehmen, und weiter, weil sie hoffen, zwischen den Alliierten Streitigkeiten hervorgerufen durch größere Zugeständnisse an einen Verbündeten auf Kosten von einem anderen. Jeder öffentliche Schritt zur Friedensvermittlung könne, wenn er in einem ungünstigen Augenblick unternommen werde, eher eine Annäherung zwischen den Kriegführenden, ebenso wie den Abschluß eines jeden Abkommens zwischen ihnen, erschweren als erleichtern.

Auf die einzelnen Vorschläge der Papstnote eingehend, erklärte Sonnino, daß sowohl für die Abrüstung wie für das Schiedsgericht die theoretische Zustimmung aller Kriegführenden vorliege, daß die praktische Durchführung schwierig sei; er erklärte, daß diese sich nur auf genaue Beobachtung des internationalen guten Glaubens und verständigsten Wortes gründen könnte. Die Freiheit der Meere sei in Kriegeszeiten schwierig durchzuführen. Die Mittelmächte erklärten theoretisch, sie annehmen zu wollen. Ihre praktische Antwort sah man in der vom Grafen Czernin empfohlenen Methode. Belgien müsse in dem Friedensvertrage gesondert behandelt werden, denn bei ihm handle es sich nicht um Gebiete, die in solche direkter und

